

# Altenpflege neu überdenken

**Studie** Unter Mitarbeit der Stiftung Zukunft.li wurde Liechtenstein erstmals in das Kantonsmonitoring von Avenir Suisse zur Altenpflege aufgenommen. Das Fazit: Handlungsbedarf.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Wie die aktuellen Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung zeigen, steht Liechtenstein vor den gleichen demografischen Herausforderungen wie die Schweiz. Für beide Länder gilt es deshalb, ihre Altenpflege grundsätzlich zu überdenken. Bis 2035 wird der Anteil der 80-Jährigen und Älteren (80+) im Verhältnis zur aktiven Bevölkerung in der Schweiz um durchschnittlich 70 Prozent zunehmen. Für Liechtenstein liege die Zunahme nach den aktuellen Bevölkerungsszenarien sogar beinahe beim Dreifachen. Bereits im März hatte das Gesellschaftsministerium mit der Präsentation einer Studie zur Bedarfsplanung bei der Alterspflege auf den Handlungsbedarf hingewiesen (das «Volksblatt» berichtete). Handlungsbedarf, den auch die Studie von Avenir Suisse sieht.

«Der graue Tsunami», wie Studienautor Jérôme Cosadey die Überalterung der Bevölkerung aufgrund des Pensionseintrittes der «Babyboomer»-Generation bezeichnet, stellt das aktuelle System sowohl finanziell als auch strukturell vor Herausforderungen. Zudem werden die Menschen auch immer älter. «Allerdings nimmt die Pflegebedürftigkeit mit steigendem Alter auch exponentiell zu», erklärt Thomas Lorenz von der Stiftung Zukunft.li auf «Volksblatt»-

Anfrage. Gleichzeitig würden immer weniger Junge nachrücken, welche die Pflege der ältesten Generation übernehmen könnten», so Lorenz. All dies muss in die Überlegungen zur zukünftigen Altenpflege einfließen.

## Finanzierungsregeln überdenken

All diese Entwicklungen tragen dazu bei, dass die Nachfrage nach Pflegepersonal und -angeboten sowie die Kosten steigen werden. Um dem entgegenzutreten, empfiehlt die Studie die Flexibilisierung des Pflegeangebots auf der Wettbewerbsseite, die eng mit der aktuellen Finanzierung der Altenpflege verknüpft ist. Die Finanzierungsbeiträge der öffentlichen Hand für Spitex-Organisationen oder für Pflegeheime sollen sich nicht nach den Kostenstrukturen der Leistungserbringer richten, sondern alleine an den erbrachten Leistungen orientieren. Im ambulanten Bereich gelte es, dass die Versorgungspflicht - jeden Pflegebedürftigen unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen zu behandeln - separat abgegolten werde. Dieser Ansatz würde zusammen mit einheitlichen qualitativen Anforderungen für gleich lange Spiesse sorgen und den Markt in Liechtenstein auch für neue private Anbieter öffnen, was mit der aktuellen Finanzstruktur kaum attraktiv sei. «Es geht aber nicht nur darum,

Wettbewerb zu erzeugen, sondern auch darum dass wir sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen, um die wachsende Nachfrage nach Altenpflege zu bewältigen», führt er weiter aus.

Beim Ausbau des Angebots misst Studienautor Cosadey Tagesstrukturen und betreutem Wohnen besondere Bedeutung zu. Auch Lorenz erachtet es als wichtig, dass hier zusätzliche Angebote entstehen und so neue Alternativen und Übergangslösungen zwischen häuslicher Pflege und Heim entstehen: «Die Pflegeinstitutionen in Liechtenstein bieten heute bereits gewisse Dienstleistungen wie z. B. eine Tagespflege an, die Kapazitäten sind jedoch beschränkt.» Durch zusätzliche Angebote könnten auch pflegende Angehörige entlastet und der Heimeintritt für nicht Schwerpflegebedürftige verzögert oder ganz verhindert werden. Laut Autor Cosadey sei es deshalb auch wichtig, dass nicht eine Pflegeform finanziell gegenüber der anderen begünstigt werde, da Bedürfnis und nicht finanzielle Abwägungen entscheidend sein sollte.

## Pflegelohn und Pflegekapital

Doch neben der Frage nach der Erzeugung zusätzlicher Angebote stellt sich auch jene nach der Verteilung der wachsenden Kosten. Sollte der Staat künftig die Leistungserbringer nur noch bei der Grundversorgung



Die Überalterung der Gesellschaft stellt die Altenpflege vor neue Herausforderungen. (Foto: Shutterstock)

und nicht mehr über einen Pauschalbeitrag stützen, gilt es, neue Wege zu finden. Für den Studienautor ist das Betreuungs- und Pflegegeld in Liechtenstein «ein Schritt in die richtige Richtung», da hier der Pflegenden selbst aus dem Angebot wählen könne. Doch sollte dieses nicht nur für häusliche Leistungen, sondern auf die Tagesstrukturen anwendbar sein. Eine solche Flexibilisierung des Pflegegeldes wäre auch für Lorenz ein überprüfenswerter Ansatz. Doch lassen sich die steigenden Ausgaben nicht nur über Krankenkassen und Steuermittel finanzieren, da diese besonders die jüngeren Generationen stark belasten. In der Studie wird hierzu zum Beispiel der Ansatz eines obligatorischen individuellen Pflegekapitals

angesprochen. Ähnlich einer zweiten Säule würden hier Gelder auf ein individuelles Konto eingezahlt, die im eigenen Pflegefall für die Finanzierung verwendet werden können. Wichtig sei dabei, dass die Ersparnisse vererbbar sind. Die Organisation hierzulande müsste noch geprüft werden: «Es könnten über die Krankenkassen oder die betriebliche Personalvorsorge organisiert werden, also über jemanden, der die Instrumente bereits hat», erklärt Lorenz. Natürlich wäre auch der Staat davon tangiert, denn er müsste dort, wo das Pflegekapital nicht ausreicht, mit Ergänzungsleistungen eingreifen. «Das ist aber ein Modell, das wir uns für Liechtenstein noch genauer anschauen müssten», schliesst Lorenz.